

PPP im Schulbereich Irrweg und Schuldenfalle



**Erfahrungen
mit
PPP-Schulen
in Frankfurt**

**mit Herbert Storn
GEW-Bezirksvorsitzender Frankfurt**

23. April um 19 Uhr
**Evangelisches
Krankenhaus
Wertgasse 30
Konferenzsaal
Kleines Kasino
Haus B, 10. OG**



Ein teurer Irrweg: PPP-Modelle lösen keine städtische Pflichtaufgaben!

Unsere hoch verschuldete Stadt Mülheim wird mit Ruhrbania bereits überfordert. Deshalb ist es verlockend für Frau Mühlenfeld&Co, sich anderer Pflichtaufgaben zu entledigen, z.B. durch Übergabe des enormen Schulsanierungsstaus an private Firmen.

Demnächst sollen 6 Mülheimer Schulen im Gesamtpaket als sog. PPP (Public Private Partnership) von einer privaten Firma betrieben werden.

Bisherige PPP-Beispiele - z.B. Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen, Schulzentrum Frankfurt-Ostend, Hamburger Krankenhäuser, Lübecker Herrentunnel, Londoner U-Bahn u.v.m. – haben sich aber bereits als folgenschwere Irrwege mit sehr hohen Verlusten erwiesen.

Der Frankfurter GEW-Vorsitzende Storn wird uns berichten, was passieren kann, wenn das Gewinnstreben der privaten Betreiberfirma als oberste Leitlinie alles andere bestimmt. Er wird auch aufzeigen, wie die Vorgaben eines privaten Gebäudebetreibers auch Auswirkungen auf den eigentlichen Schulbetrieb haben.

Was ist z.B., wenn eine der PPP-Schulen in 10 Jahren nicht mehr gebraucht wird? Dann könnte die Stadt sich zwar für sehr viel Geld aus dem PPP-Vertrag vorzeitig herauskaufen. Wahrscheinlicher aber ist es, dass der Schulentwicklungsplan entsprechend der bestehenden Gebäudeverträge beschlossen wird - nicht nach Erfordernissen der Bevölkerung (z.B. „kurze Beine, kurze Wege“) oder bestmöglicher Bildung möglichst wohnungsnah oder Integration der Schule in den Stadtteil!

Privatisierung städtischer Pflichtaufgaben im Schulbereich bedeutet:

- **Transparenz und demokratische Kontrolle werden ausgehebelt!**
- **Langfristige Verschuldung wird zementiert: „Kinder und Enkel haften für ihre Eltern und Großeltern“!**
- **Konflikte und überteuerter Rückkauf sind häufig vorprogrammiert!**

Aus der PPP-Broschüre der Firma Hochtief, die am stärksten im PPP-Geschäft vertreten ist:

**„Modell Zukunft: Public Private Partnership:
Knapper Haushalt? Dringende Bauvorhaben?
Entspannen Sie sich. Schalten Sie uns ein!“**

Wer solcher Werbung vertraut, handelt fahrlässig. In Mülheim wuchsen die städtischen Kassenkredite (vergleichbar privaten Überziehungskrediten) nämlich explosionsartig : Von 148 Mio. € in 2004 auf 380 Mio. € (geschätzt) in 2008. Für 2011 sind schwindelerregende 475 Mio. Euro bereits jetzt eingeplant.

Die PPP-Modelle sind aber in Wirklichkeit nichts anderes als die getarnte Aufnahme von zusätzlichen Krediten mit horrenden Zinsen, die die Stadt als solches nicht mehr aufnehmen könnte und dürfte.

Nach uns die Sintflut? Das wollen wir Bürger nicht!

Unsere Kinder sollen nicht für jetzige Sünden aufkommen müssen!



für die Bürgerinitiative „Mülheim bleibt unser!“:
Uwe Tschirmer, Lothar Reinhard, Reinald Schnell